
Können die niedrigen Ölpreise die schwächelnde Weltkonjunktur retten oder enden wir dadurch erst recht in der Katastrophe der Deflation?

Viele Mainstream - Journalisten würden beim ersten Teil dieser Schlagzeile in Freudenschreie ausbrechen und verkünden, niedrige Energiepreise würde dem Verbraucher helfen, Kosten zu sparen. Dieser kann das gesparte Geld dann wiederum an anderer Stelle ausgeben und so für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sorgen. Natürlich profitieren auch Unternehmen durch günstigere Transportkosten. Solche Artikel finden sich im Internet zuhauf. Zweifellos kann dieser Umstand die Konjunktur wiederbeleben, allerdings kann der Effekt in einer ohnehin schon stark angeschlagenen Wirtschaft auch verpuffen oder sogar ins Negative verkehren. Egal welches Szenario man für plausibel hält, es lohnt sich ein genauerer Blick auf alle diese Umstände sowie eine kritische Sicht der Dinge.

Inflation wird in Österreich durch einen fiktiven Warenkorb von der Statistik Austria ermittelt, wobei es immer wieder Diskussionen gibt was man alles in diesen Warenkorb einbezieht. Einige Ökonomen sind der Ansicht die Kosten für Miete oder Energie nicht miteinzuberechnen, da diese sehr volatil sind. Im Klartext: Diese Kosten werden bei manchen Statistiken nicht mitgerechnet, da die Inflationsrate sonst zu hoch oder zu niedrig sein könnte.

Die offizielle Inflation der Eurozone wird mit einem gewichteten Durchschnitt der EURO Länder errechnet. Demnach wird Griechenland mit etwa 3% Gewichtung in die EU-Inflation aufgenommen und Deutschland darin mit 30% berücksichtigt. Das dieses Konstrukt egal ob national oder europaweit wohl keine repräsentative Zahl sein kann steht damit wohl außer Frage.

Glaut man der ökonomischen Literatur, ist Inflation immer das Verhältnis der vorhandenen Geldmenge zur vorhandenen Gütermenge und nicht die Preissteigerung eines mehr oder weniger repräsentativen Warenkorbs. Demnach, wenn man die Gütermenge erhöht, sinkt der Wert des Geldes und umgekehrt. Wird also mehr Zentralbankgeld gedruckt, wodurch übrigens ein Vielfaches davon über Banken in den Wirtschaftskreislauf gelangt, erhöhen sich die Geldmenge und der Preis der Waren sofern nicht ein Äquivalent an Waren mehr produziert wird.

Wichtig dabei ist, alles an Gütern oder Dienstleistungen (egal ob materiell, immateriell, beweglich, unbeweglich, Anlagegut, etc.) wofür Geld ausgegeben wird auch einzubeziehen ist. Dazu gehören auch Aktien, Gold und andere Anlageformen. Berücksichtigt man diesen Umstand wird man schnell feststellen, dass die Inflation von 0,7% wohl eher nicht der Realität entspricht. Umfragen haben zudem ergeben, dass die gefühlte Inflation wohl eher bei rund 10% liegt. Geht man tatsächlich von Asset-Inflation (Aktienkurse einbeziehen und den Kurs in Relation zum tatsächlichen Unternehmenswert setzen) aus, liegt die Inflation auch im mittleren Zweistelligen Bereich. Dann wäre da auch noch das Risiko eines Preisverfalls an den Börsen – was das billige Geld auf der Habenseite auslöscht, allerdings nicht auf der Sollseite.

Transportindizes zeigen zum Leidwesen der Ökonomen auch ein eindeutiges Bild. Der Dow Transportation Index (beinhaltet große Transportunternehmen) ist vom Hoch Ende 2014 zeitweise um 25% eingebrochen und befindet sich im klaren Abwärtstrend. Der Baltic Dry Index (misst Anzahl der verschifften Hochseecontainer) zeigt ein noch dramatischeres Bild und brach seit Ende 2014 um 75% ein. Im gleichen Zeitraum hat sich der Ölpreis halbiert.

Die Annahme, dass billige Energie zu mehr Transport von Gütern führt, funktioniert also wie gewünscht derzeit nur in der Theorie.

Nebeneffekte wie etwa das Fracking-Problem werden von der Schul-Ökonomie komplett ausgeblendet. Fracking wurde vor allem in den USA hoch gelobt, um durch weniger Ölimport von anderen Förderstaaten unabhängiger zu werden. Problematisch ist allerdings der Preis dieser Schiefergasbohrungen – ein Fracking Unternehmen kann nur ab einem Preis von rund 80 USD pro Barrel rentabel arbeiten. Und nebenbei bemerkt, finanziert wurde der Fracking-Boom über SPV Konstrukte die unter anderem zur großen Finanzkrise 2008 führten. Eine weitere Implosion an den globalen Finanzmärkten ist demnach aktuell nicht nur möglich, vielmehr sogar wahrscheinlich.

Ein anderer Side-Effekt ist der Umweltschutz. Umweltschützer und deren Parteien versuchen ja immer wieder den Absatz von Elektroautos anzukurbeln oder erneuerbare Energien zu fördern. Werden Rohöl & Co. billiger sind die Alternativen dazu dementsprechend teuer da sich das Gap zwischen den beiden Energieformen vergrößert. Gleichzeitig zum billigen Öl entgeht dem Staat auch noch Mineralölsteuer die einen Großteil der Steuereinnahmen repräsentiert.

Die Frage Cui bono stellt sich dennoch. Gewinner dieses Niedrigölpreises sind zweifellos die arabischen Staaten. Sie sitzen auf 600 Mrd. Devisenreserven und können eine Niedrigpreisphase locker überstehen – nach dem Motto „der Schwächste stirbt zuerst“ was die USA oder kleinere Staaten wie Venezuela die auf den Öllexport angewiesen sind, sein dürften. Vielleicht wird sich doch die Erkenntnis durchsetzen, dass sich eine Währung nicht mit dem Handel von Erdöl hinterlegen lässt, sondern doch nur mit Edelmetallen die von Zentralbanken verwahrt und nicht verliehen werden.

Schließlich ist die schwächelnde Weltkonjunktur nicht Ergebnis des Ölpreisverfalls oder einer neuen Ölkrise. Es handelt sich vielmehr um ein Systemdilemma. Wenn es nur eine Krise wäre, könnten Politik und Zentralbanken Gegenmaßnahmen ergreifen. Bei einem Dilemma haben beide jedoch nur die Wahl zwischen Pest oder Cholera. Übermäßiges Gelddrucken um die Inflation anzuheizen, das Geld landet jedoch dann doch wieder über Banken an den Kapitalmärkten, ist sicherlich keine Lösung. Oder in eine Deflationsspirale laufen, Konsumenten stellen Käufe und Erwartungen zurück was weniger Arbeitsplätze zur Folge hat und wiederum Umsatzrückgang für Unternehmen bedeutet.

Es gibt sicher Möglichkeiten zwischen Skylla und Charybdis durch Gesetzgebung oder Marktmanipulation, pardon Geldpolitik noch ein Gleichgewicht zu halten. Allerdings wird dieses Gleichgewicht immer schwieriger zu balancieren und schließlich nicht mehr zu halten sein. Zu einer künstlichen Führung der unsichtbaren Hand des Marktes, um es mit den Worten von Adam Smith auszudrücken sollte man jedoch immer Eugen von Böhm-Bawerk im Hinterkopf behalten. In seinem Aufsatz Macht oder ökonomisches Gesetz hatte er ja schon 1914 vertreten, dass sich kurzfristig zwar lenkend in die Wirtschaft eingreifen lässt, langfristig sich jedoch immer die ökonomischen Regeln und Gesetze durchsetzen. Und eines dieser Gesetze heißt „Gelddrucken entwertet das Geld“.